

Prof. Volker Wieland, Ph.D.

Stiftungsprofessor für Monetäre Ökonomie am Institute for Monetary and Financial Stability der Goethe Universität Frankfurt,
Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Baden-Württembergischer Sparkassentag 12. Juni 2018

Sehr geehrter Herr Präsident Schleeweis,

Präsident Schneider, Sehr geehrte Frau

Oberbürgermeisterin Schreiner und Herr

Oberbürgermeister Dietz, sehr geehrte Frau

Kleinert, Meine Damen und Herren,

zuerst einmal herzlichen Dank an Präsident Schneider für die Einladung. Ich freue mich sehr, heute bei Ihnen hier in Offenburg zu sein, und zu Ihnen sprechen zu können.

Es geht um Europa. Wandel gestalten. Vertrauen gewinnen.

Ganz kurz zum Einstieg, 2 Anmerkungen:

1. Ich komme gerade zurück von einer Vortragsreise nach Palo Alto, also von Silicon Valley in Kalifornien. Das Modewort von dort ist **disruptiver Wandel**. Disruption d.h. eine Unterbrechung – ein Bruch in der wirtschaftlichen Entwicklung. Vor vielen Jahren war es Hewlett Packard, dann Apple, Google, Facebook, heute AirBNB, Uber und so weiter .. Was kommt da als nächstes auf uns zu?

Wir kennen die Zukunft nicht. Wir müssen uns bewusst machen, dass weder die Wirtschaft noch die Wirtschaftspolitik disruptiven Wandel planen können. Man kann sich bestenfalls darauf einstellen. Wir müssen flink und anpassungsfähig bleiben, um erfolgreich zu sein. Wir müssen uns neu erfinden können. Die Mitgliedsstaaten und ihre Wirtschaftspolitiker tragen selbst die Verantwortung dafür, in diesem globalen Wettbewerb zu bestehen. Eigenverantwortung und Wettbewerb, auf diese Begriffe werde ich noch zurückkommen.

2. Vertrauen bilden. Wie geht das? Simpel gesagt: sagen was man tut, tun was man sagt. Ich sag es noch mal. Sagen was man tut, tun was man sagt. Spontan fällt mir dazu Donald Trump ein. Was für ein Wochenende. Vor und zurück. Hin und her. Chaotisch. Das Gegenteil von Vertrauensbildung. Völlig logisch, dass man dann sagt, wenn man mit so einem Gegenüber konfrontiert ist – Wir müssen in Europa enger zusammenstehen, um dagegen bestehen zu können. Das ist richtig.

Also, es geht um Europa. Es geht um die europäische Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik, die wir verfolgen oder verfolgen sollten.

Ich möchte zwei Fragen heute mit Ihnen analysieren.

1. Die erste Frage ist „Europa: Wer, Wohin, Wie? Wir werden einigen Führungspersonlichkeiten begegnen. Wir fragen wohin wollen die Mitgliedsstaaten, und wie soll dieser Wandel vor sich gehen.

2. Zweite Frage, ganz konkret, wie machen wir den Euro und unser Finanzsystem krisenfest.

Beginnen wir mit der ersten Frage. Die Europäische Union ist, etwas platt gesagt, ein Club. Wenn nun ein Mitglied, ein großes, wichtiges Mitglied, aus diesem Club austreten will, weil es glaubt sich da nicht verwirklichen zu können, so ist das nicht nur ein Schock. Es ist ein Wendepunkt, an dem man sich überlegen muss, haben wir denn alles richtig gemacht. Es handelt sich hierbei um eine der Siegermächte, Großbritannien. Wenn uns das Friedensprojekt Europa am Herzen liegt, dann können wir darüber nicht einfach hinweggehen. Es kann nicht heißen, gut dass Großbritannien raus ist, jetzt können wir endlich das machen, was wir, ich sage mal Frankreich und Deutschland, immer wollten. Bei den Reformmaßnahmen, die wir ergreifen, müssen wir umso mehr beachten, dass die EU nicht einfach ein deutsch-französisches Projekt ist. Es gilt offene Ohren für die Anliegen aller Mitgliedstaaten zu haben.

Großbritannien hat Wettbewerb, freie Märkte und Eigenverantwortung immer besonders betont. Nun haben sich bereits vor mehreren Monaten die nordischen Finanzminister zur Reform der Währungsunion zu Wort gemeldet, wohlgermerkt ohne Deutschland:

Ich zitiere „Zuallerst sind entschiedene Maßnahmen auf nationaler Ebene in voller Übereinstimmung mit unseren gemeinsamen Regeln notwendig, um die Währungsunion zu stärken.“ „Strukturreformen sind umzusetzen und der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss beachtet werden“. „So werden nationale Puffer in den nationalen Haushalten aufgebaut“ „Das schafft Spielräume für nationale Fiskalpolitik, für automatische und diskretionäre Stabilisierung, um konjunkturelle Einbrüche auszugleichen“. So entsteht eine robuste Europäische Währungsunion. ...

Die Finanzminister von Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Lettland, Litauen, Niederlande und Schweden.

Ich zitiere weiter „Für die Zukunft, ist es essenziell dass wir alles tun was wir können, um die Stabilität der Wirtschaft und des Finanzsystems zu stärken und das Vertrauen der Öffentlichkeit wiederzugewinnen. Bei der Vertiefung der Währungsunion sollte der Fokus auf dem tatsächlichen Nutzen und nicht auf weitreichenden Kompetenzübertragungen an die europäische Ebene liegen. Priorität sollten die Bereiche bekommen wo die größte Übereinstimmung vorliegt, bei der Vervollständigung der Bankenunion und der Transformation des ESM in einen Europäischen Währungsfonds.“

Die nordischen Mitgliedstaaten sehen sich offensichtlich nicht auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa. Also muss der Euro in einem Rahmen funktionieren, in dem die Mitgliedstaaten weiterhin die Souveränität über ihren Haushalt haben.

Nun zur ersten Führungspersönlichkeit, die ich per Bildprojektion in den Raum holen möchte.

- Bild Macron – Karlspreis

Emanuel Macron, Präsident der französischen Republik. Hier hat er gerade den Karlspreis der Stadt Aachen erhalten. Links im Bild ist noch die Bundeskanzlerin, Angela Merkel zu sehen. Ob und wenn ja was, Emanuel Macron hier erbittet, kann ich nicht sagen. Aber seit seiner Rede an der Sorbonne mit zahlreichen Vorschlägen zur

Weiterentwicklung der Europäischen Union hat er den Ruf eines Visionärs für Europa. Viele der Vorschläge sind durchaus umsetzbar. Zu prüfen wäre jedoch, welche die Europäische Union tatsächlich stärken und den Euro stabilisieren würden.

In Deutschland gibt es inzwischen ein Narrativ von Macron-Verstehern, das lautet wie folgt: Nun müsste Deutschland endlich auf Macron zu gehen. Wir müssten Geld bereitstellen, zwei bis drei Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung für ein Budget, um die Währungsunion zu stabilisieren. Wir müssten endlich den europäischen Finanz- und Wirtschaftsminister einführen, der dann kontrollieren würde, dass die Regeln von allen Mitgliedsstaaten eingehalten werden. Wir müssten uns auf den Weg zu mehr Europa, mehr Integration und zu einer Fiskalunion machen. Das wären dann die Vereinigten Staaten von Europa, die Bundesrepublik Europa.

Tatsächlich spricht Macron keineswegs von einem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa. Er spricht keineswegs von einer Fiskalunion, in der die Europäische Ebene, die Budgets für die Nationalstaaten bestimmt. Das wäre mit dem französischen Selbstverständnis auch gar nicht vereinbar.

Macron schlägt 6 relativ konkrete Projekte vor: 1. Im Bereich Verteidigung und Sicherheit: eine gemeinsame Interventionstruppe, mit gemeinsamem Budget und Einsatzdoktrin. Das heißt Deutschland wäre viel häufiger an aktiven Militäreinsätzen beteiligt, wie Frankreich und Großbritannien sie gewohnt sind. 2. Außengrenzen und Migration: Hier schlägt Macron eine gemeinsame Grenzschutzpolizei vor, harmonisierte Asyl-Verfahren und auch eine effektive

Rückführung abgelehnter Bewerber. 3. Eine gemeinsame Entwicklungspolitik für Afrika und die Mittelmeeranrainer. 4. Ein gemeinsamer Politikansatz bezüglich Energie und Klimawandel. So will Macron etwa einen gemeinsamen CO2 Preis und er will den Europäischen Energiemarkt besser vernetzen. Wenn (etwa in Deutschland) der Wind bläst und die Sonne scheint, soll der Strom aus erneuerbaren Quellen frei fließen. Und wenn nicht, dann der französische Atomstrom. Die Atomenergie sei unerlässlich, in den Zeiten wenn kaum erneuerbare Energie zur Verfügung stünde. Schliesslich sei der Atomstrom „low carbon, (no carbon) und low-cost.“

Mir scheint, es könnte sein, dass die Macron-Versteher in Deutschland ein paar Vorschläge unterschlagen haben. Ich finde, Sicherheit und Verteidigung, Außengrenzen und Migration sowie Klimaschutz lassen sich gemeinsam besser angehen. Hier könnten zeitnah Erfolge erzielt werden, die helfen würden den Frust der Bürger mit der Europäischen Union zu überwinden.

(6.) Für die Währungsunion hat Macron das Hauptziel, die Zahl der Arbeitslosen verringern. Deutschland ist dies dank Agenda 2010, Steuerreformen und vorsichtigen Lohnabschlüssen bereits vor der großen Finanzkrise gelungen. Macron will die französische Wirtschaftspolitik reformieren und fit für den internationalen Wettbewerb machen - in eigener Verantwortung. Das ist sehr gut.

Aber zusätzlich will er ein Budget auf europäischer Ebene, mit dem ökonomische Schocks und Konjunkturdellen ausgeglichen werden sollen. Dieses Budget soll der neue Europäische Finanzminister

verwalten und an die Mitgliedsstaaten verteilen. Von einer Fiskalunion, in der der Europäische Minister entscheidet welches Budget den nationalen Regierungen zur Verfügung steht, ist bei Macron jedenfalls nicht die Rede. Vielleicht sollte man den neuen europäischen Minister dann besser Umverteilungs-Minister nennen.

Tatsächlich dürfte solch ein großes Budget zu anhaltender, massiver Umverteilung führen. Dies könnte die Union politisch destabilisieren. Insbesondere dürfte es für weiteren Zulauf bei euro-kritischen Bewegungen sorgen. Das Memorandum der nordischen Finanzminister sieht übrigens weder solch ein Budget noch solch einen Minister vor. Tatsächlich sind dies altbekannte Vorschläge aus der Mottenkiste der französischen Europapolitik.

Nun, Vorhang auf für eine weitere Führungspersönlichkeit:

- Bild Matteo Salvini einblenden -

Matteo Salvini von der nord-italienischen Lega Nord. Seit dem 1. Juni ist er Innenminister sowie Stellvertretender Ministerpräsident Italiens. Das "Basta Euro" T-Shirt gehört nun wohl nicht mehr zu seiner Berufskleidung. Übrigens, er war 2004 bis 2018 Mitglied des Europäischen Parlaments und sass dort in derselben Partei wie Marine Le Pen.

- Bild von Salvini wieder ausblenden –

Nun haben wir also die neue italienische Regierung. Es ging auf jeden Fall schneller als in Deutschland. Insofern, Kompliment!

Übrigens, ich kann gut verstehen, daß die italienischen Wähler die etablierten Parteien abgewählt haben. Italien erlebt seit vielen Jahren wirtschaftlichen Stillstand und Rückschritt. Da helfen auch die positiven, aber niedrigen Wachstumsraten seit 2015 nicht viel. Die bisherigen Reformen in Italien haben nicht ausgereicht, um die Wirtschaft so wie etwa in Spanien auf einen schnellen Wachstumskurs zu bringen.

Die reale jährliche Wirtschaftsleistung pro Kopf lag im Jahr 2000 (also kurz nach Euro-Einführung) in Italien bei 27300 Euro. Zum Vergleich, in Deutschland waren es damals 29000 Euro, knapp 6% mehr. 2017 liegt das pro-Kopf Bruttinlandsprodukt (um Inflation bereinigt) bei 26300. Also immer noch 1000 Euro unter dem Stand im Jahr 2000. Das sind etwa 4% weniger. In Deutschland ist die Wirtschaftsleistung pro Kopf dagegen bis 2017 real, nach Kaufkraft auf gut 35000 Euro angewachsen. Das ist ein Anstieg um 21%. Deutschland liegt nun 34% vor Italien.

Bei soviel Rückschritt statt Wachstum in Italien ist es natürlich nicht verwunderlich, dass die Staatsschulden inzwischen mehr als 130 Prozent der Wirtschaftsleistung ausmachen. Fiskalischen Spielraum gibt es keinen. Damit die Zinsen die Schulden nicht weiter nach oben treiben, fährt der italienische Staat einen deutlichen Primärüberschuss ein.

Schon im Vorfeld der Regierungsbildung haben die 5-Sterne Bewegung und die Lega Nord mit neuen finanzpolitischen Ideen für viel Wirbel und Aufregung gesorgt. Ausgaben erhöhen mit einem

neuen Grundeinkommen von 780 Euro, einer Senkung des Pensionseintrittsalters und eine Erhöhung der Mindestpensionen. Zudem eine drastische Steuersenkung auf zwei Steuersätze von 15 und 20 Prozent. Vergleichen wir doch mal damit die Diskussion um die teilweise Abschaffung des Soli in Deutschland. Das findet sich nun alles im italienischen Regierungsprogramm.

Nun, wie wollen 5-Sterne und Lega Nord dieses Wunschprogramm finanzieren? Im Vorfeld war von einem Schuldenerlaß durch die Europäische Zentralbank von 250 Milliarden die Rede. Man wolle die italienischen Staatsanleihen die die Bank von Italien im Rahmen des geldpolitischen Anleihekaufprogramms der EZB erworben hat bei Fälligkeit nicht begleichen. Ausserdem wollte man sogenannte Mini-BoTs einführen. Das sind keine kleinen Roboter sondern Staatliche Schuldverschreibungen in kleiner Stückelung 10, 100, 500 Euro. BOT steht für Buoni Ordinari del Tesoro. Mit diesen MiniBots würde der italienische Staat seine Rechnungen zahlen. Sie würden dann als Parallelwährung zirkulieren können. Das war nichts anderes als eine Austrittserklärung aus der Währungsunion. Konsequenterweise stand auch die Einführung eines formalen Austrittsverfahren aus der Währungsunion (ohne Austritt aus der EU) auf der Agenda. Das hat es alles nicht in das Regierungsprogramm geschafft. Stattdessen ist dort nur noch von einer angemessenen Neuverschuldung die Rede. Wie kommts?

- Zinsstruktur einblenden

Dieses Schaubild zeigt die Zinsen auf deutsche und italienische Staatsanleihen. Blau für Deutschland, Grün für Italien. Es handelt sich

um Zinsstrukturkurven. Auf der horizontalen Achse sind die Laufzeiten bis 10 Jahre abgetragen. Auf der vertikalen Achse die Verzinsung. Die gestrichelten Kurven zeigen die Werte von Anfang November 2017. Das war der Zeitpunkt zu dem wir das Jahresgutachten des Sachverständigenrats erstellt haben. Damals lagen die Zinsen für italienische Staatsanleihen je nach Laufzeit um 0,5 bis 1,5 Prozentpunkte über den Zinsen auf deutsche Staatsanleihen. Also eine Risikoprämie auf die italienische Staatsschuld, die die höhere Verschuldung und das geringere Wachstum in Italien reflektiert. Bis vor kurzem hatte sich daran nichts geändert. Selbst im März 2018, also nach der Italienwahl lagen die Zinskosten weiterhin auf dem Niveau der grün gestrichelten Linie. Erst als die Regierungsbildung von 5-Sterne und Lega Nord und ihr Programm bekannt wurde, änderte sich das Gleichgewicht zwischen Verkäufern und Käufern italienischer Staatsanleihen. Die Preise stürzten ab, die Zinsen stiegen deutlich an. Am kurzen Ende zeitweise um 2%. Erst nachdem Präsident Mattarella den designierten Finanz- und Wirtschaftsminister Paolo Savona – einen Anhänger eines Ausstiegs aus der Währungsunion – ablehnte, und die Regierungsbildung geplatzt schien, stabilisierten sich die Zinsen auf einem um ein Prozentpunkt höheren Niveau. Also, es ist deutlich teurer für Italien geworden. Inzwischen haben Salvini und sein Mitstreiter Luigi di Maio von der 5-Sterne Bewegung doch noch die Regierungsbildung geschafft. Der neue Finanzminister Giavonni Tria sagt ganz klar: Wir wollen nicht aus dem Euro austreten. Rechnungen werden pünktlich mit Euro bezahlt werden. Wir führen keine MiniBots ein. Die Staatsverschuldung soll relativ zur Wirtschaftsleistung zurückgehen. Wir werden Strukturreformen umsetzen.

Hin und her, vor und zurück, Vertrauen gewinnen geht anders. Sagen was man tun will reicht nicht. Tria wird im September einen nachhaltigen Haushalt vorlegen müssen, wenn er wieder Vertrauen aufbauen will und darf. Paolo Savona ist übrigens immer noch dabei, und zwar als Minister für europäische Angelegenheiten.

Eins zeigt sich hier jedoch klar: Zum einen, der Euro kann auf Dauer nur dann funktionieren, wenn die souveränen Mitgliedstaaten eine solide Haushaltspolitik verfolgen. Zum anderen, nur der Markt sorgt für Disziplin. Es war kein unfreundlicher Brief aus Brüssel, der diesen Schwenk herbeigeführt hat. Ein freier Markt, an dem die Entscheidungen von Käufern und Verkäufern die Zinsentwicklung und Risikoprämien bestimmen, ist entscheidend. Dabei ist wichtig, dass die Akteure am Finanzmarkt selbst im Wettbewerb stehen und etwaige Verluste tragen müssen. Wenn die Mitgliedsstaaten solide wirtschaften bleiben sie handlungsfähig. Und die Union insgesamt ist nur so handlungsfähig, wie ihre Mitglieder solide wirtschaften. Deshalb gehören Eigenverantwortung, Wettbewerb und Handlungsfähigkeit zusammen. Sie müssen gestärkt werden, um den Euro und das Finanzsystem dauerhaft krisenfest zu machen. Damit sind wir wieder bei konkreten Schritten angekommen, die notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen. Die zweite, abschliessende Frage meiner Rede.

Dazu noch eine Führungspersönlichkeit:

---- Bild mit Draghi einblenden ----

EZB Präsident Mario Draghi. Auf diesem Bild ist er in dem Moment

gezeigt, als Bild-Journalisten ihm eine Pickelhaube überreichen.

Die könnte nützlich sein, falls es zum Zusammenstoss mit Matteo Salvini und dergleichen kommt.

Die EZB verfolgt immer noch eine Geldpolitik im Krisenmodus. Sie interveniert massiv am Markt für Staatsanleihen und kauft in großem Stil Anleihen auf. Damit beeinflusst sie die gesamte Zinsstruktur.

Natürlich muss sich die EZB an der Entwicklung im Euro Raum insgesamt orientieren. Aber die Wirtschaftsauslastung im Durchschnitt des Euro-Raums ist wieder auf Normalniveau. Und die Inflationsrate liegt schon lange wieder zwischen ein und zwei Prozent. Da passt es nicht, dass die Geldpolitik im Krisenmodus verharrt. Es ist schon längst Zeit mit den Anleihekäufen aufzuhören, und zukünftig Zinserhöhungen ins Auge zu fassen. Der Sachverständigenrat hat wiederholt angemahnt, dass es Zeit ist, die Anleihekäufe zu stoppen.

Um den Euro krisenfest zu machen, muss die EZB den Weg zurück zu einer normalen Geldpolitik finden. Sie sollte jetzt einen Anfang machen.

Kann Sie das denn tun, ohne eine Krise in Italien und daraufhin in der Währungsunion auszulösen? Ja, kann sie.

Dazu möchte ich Ihnen eine Rechnung aus dem Jahresgutachten des Sachverständigenrats zeigen. Im November haben wir berechnet, wie sich ein Anstieg der Zinsstrukturkurve auf die Finanzierungskosten der italienischen Regierung auswirken würde.

- Schaubild Zinskostenrechnung -

Die blauen Säulen zeigen die Zinsausgaben des italienischen Zentralstaats als Anteil der Wirtschaftsleistung. Der Anteil geht seit 2012 stetig zurück und liegt derzeit bei 4%. Die grüne Linie zeigt die durchschnittliche Zinsrate. Die blaue Linie gibt die Zinsrate auf alle Anleihen die seit 2002 begeben wurden wieder. Wir haben nun im November ausgerechnet, wie sich dieser Zins entwickeln würde, wenn die Staatsverschuldung relativ zur Wirtschaftsleistung stabil und die Zinsstrukturkurve unverändert bliebe. Das ist die orangene Linie. Sie sehen, die Zinsen die die italienische Regierung zahlen müsste, würden weiter zurückgehen. Denn sie könnte fällig werdende Anleihen, zu niedrigeren Zinsen neu begeben. Leider hat die neue Regierung diesen Vorteil, nun schon wieder verspielt. Die Zinstrukturkurve ist um gut ein Prozent gestiegen. Dementsprechend zeigt die hellgrüne Linie nun einen recht stabilen Zins für die Zukunft an. Nichts dramatisches. Ein weiterer Anstieg in dieser Größenordnung wäre ebenfalls gut zu verkraften, so lange die italienische Regierung die Neuverschuldung nicht drastisch nach oben fährt. Gefährlich wäre ein Anstieg um weitere drei bis 4 Prozentpunkte. Die Linie in magenta Farbe gibt einen Anstieg um 5 Prozentpunkte relativ zum November an.

Selbst wenn Italien den Marktzugang verlieren würde, könnte es beim ESM – dem Europäischen Stabilitätsmechanismus Kredit bekommen. Der ESM bietet Kredite gegen Auflagen, also Strukturreformen und fiskalische Konsolidierung. Das ist sinnvoll. Mit dem ESM ist das größte Risiko gedeckt. Die Mittel des ESM sind natürlich begrenzt.

Weitere Mittel könnten von der EZB kommen. Es steht immer noch das OMT Programm der EZB im Raum – die sogenannten Outright Monetary Transactions. In dem Fall, dass die Mittel des ESM für einen Mitgliedsstaat nicht ausreichen, würde die EZB wohl gezielt Anleihen dieses Staates kaufen, um einen Anstieg der Zinsen zu begrenzen. Damit werden jedoch Investoren, die ursprünglich das Risiko kalkuliert in Kauf genommen haben, herausgehauen. Besser wäre es eine Schuldenrestrukturierung durchzuführen, falls es sich herausstellt, dass ein Mitgliedstaat überschuldet ist. Damit dies nicht verschleppt wird und chaotisch abläuft, wie im Falle des Schuldenschnitts für Griechenland, wäre es sinnvoll den ESM mit einem geordneten Verfahren für Schuldenrestrukturierungen auszustatten. Der Sachverständigenrat hat dazu einen konkreten Vorschlag vorgelegt. Dies wäre ein wichtiger Baustein beim Ausbau des ESM zu einem Europäischen Währungsfonds.

Derzeit werden ESM Programme von EU Kommission, EZB und IWF überwacht. Der IWF wird in Zukunft wohl nicht mehr dabei sein. Deshalb wäre es sinnvoll den ESM mit einer Überwachungsaufgabe auszustatten und zwar parallel, im Wettbewerb zur Kommission.

Zu den Investoren in Staatsanleihen gehören auch Banken. Die Banken investieren vorwiegend in Schulden ihres Heimatstaates. Daraus entsteht ein gefährlicher Zusammenhang zwischen der Tragfähigkeit der Staatsschulden und den nationalen Banken. Das zeigt sich aktuell auch am Beispiel Italiens. Italienische Finanzinstitute, halten etwa 40% der italienische Staatspapiere. Um diesen Zusammenhang zu brechen, sollte die Bankenregulierung um Risikogewichte und Grosskreditgrenzen auf öffentliche Schulden

erweitert werden. Der Sachverständigenrat hat dazu einen konkreten Vorschlag vorgelegt. Dies wäre ein entscheidender Baustein um die Bankenunion zu vollenden.

Dagegen ist Vorsicht bezüglich einer gemeinsamen Einlagensicherung angesagt. Erst müssten umfangreiche notleidende Kredite in Italien und einigen andern Ländern von den Bankbilanzen. Schliesslich dient eine neue Versicherung nicht dazu, bereits in der Vergangenheit entstandene Schäden nachträglich zu decken.

Eine Fiskalkapazität erhöht die Verschuldungskapazität der Mitgliedstaaten nur dann, wenn sie zu dauerhaften Transfers führt. Wenn es lediglich um kurzfristigen Ausgleich geht, der zurückzuzahlen ist, Verschuldungskapazität nicht. Dagegen entsteht der Anreiz, die Kapazität auszunutzen und auf langfristige Transfers zu hoffen, statt die eigene Leistungsfähigkeit zu stärken.

Bei all diesen Maßnahmen geht es darum, sicherzustellen, dass Verantwortung und Entscheidung auf einer Ebene liegen, ob bei den Mitgliedstaaten, bei den Banken oder den Investoren. Wer die Konsequenzen seiner Entscheidungen tragen muss, auch dann wenn Verluste eintreten, wird entsprechend solide planen. Wer sich dem Wettbewerb stellt, seine Stärken ausbaut, seine Schwächen verbessert, der stärkt seine Handlungsfähigkeit und nicht umgekehrt.

Zum Schluss noch kurz eine weitere Persönlichkeit.

- Bild Andreas Georgiou einblenden -

Andreas Georgiou, der ehemalige Chef des griechischen Statistikamtes. Wenn es irgend möglich ist als Statistiker und Ökonom, ein Held zu werden, dann trifft das ihn zu. Er war es der 2009 dafür gesorgt hat, dass die Wahrheit über das Haushaltsdefizit Griechenlands an die Öffentlichkeit kam. Er liess die Zahlen korrigieren. Dafür wird er bis heute mit Gerichtsprozessen überzogen. Nun hat gestern die Financial Times, dass der oberste Gerichtshof von Griechenland beschlossen habe, die Klage zweier früherer Mitglieder des Vorstands der Statistikbehörde aufrecht zu erhalten. Der Vorwurf: Geourgiou hätte die Defizitzahlen erst nach Diskussion, eventueller Korrektur und Genehmigung im Vorstand veröffentlichen dürfen. Tatsächlich schriebe EU Gesetzgebung vor, dass der Chef einer Statistikbehörde eines Mitgliedstaats des Euro-Raums die alleinige Verantwortung für die Veröffentlichung tragen.

Den ehemaligen Chef einer Statistikbehörde dafür zur verfolgen, dass er die Wahrheit ans Licht gebracht hat. Ich würde sagen, Wandel gestalten und Vertrauen gewinnen sieht anders aus.

Und damit meine Damen und Herrn bin ich am Ende meines Vortrags angekommen.

Für eine zukunftsfähige Währung und Wirtschaft

Volker Wieland

IMFS, Goethe Universität und Sachverständigenrat

Sparkassentag, Baden-Württemberg, Offenburg, 12. Juni 2018

Eigenverantwortung, Wettbewerb und Handlungsfähigkeit stärken!

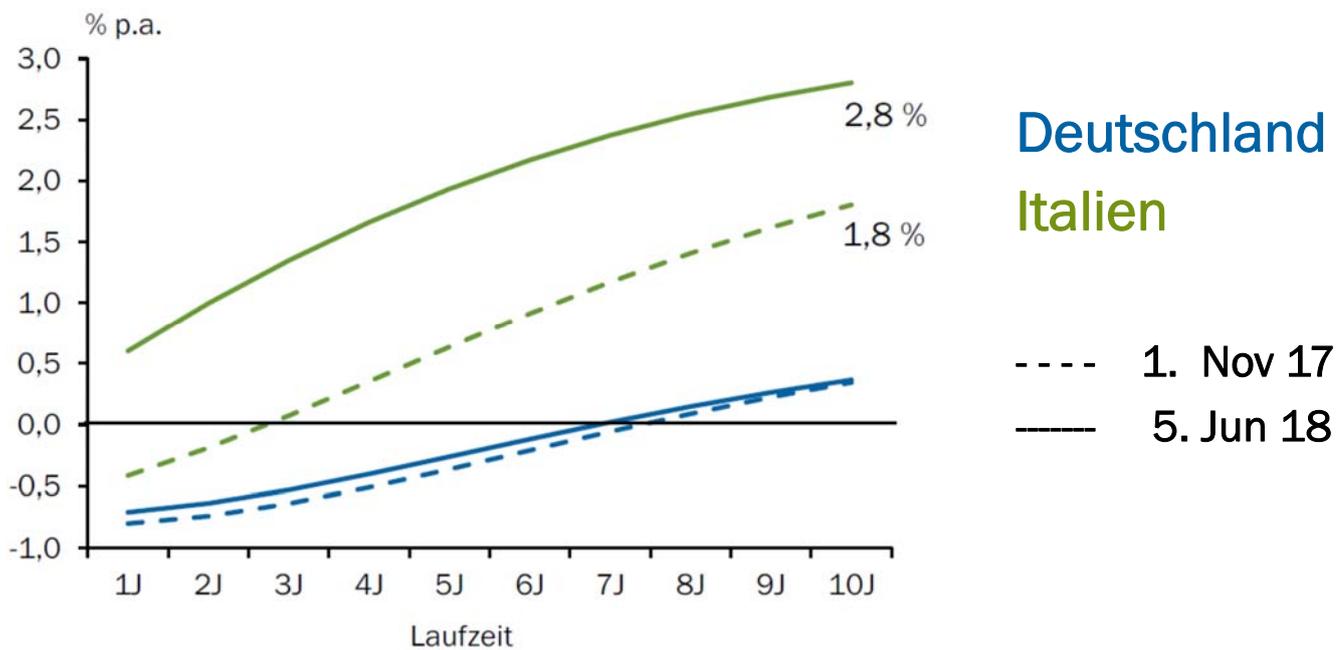
Europa

- I. Europa: Wer, Wohin, Wie?
- II. Euro und Finanzsystem krisenfest machen - was heißt das konkret?





Zinsen auf Staatsanleihen: Italien vs Deutschland





Zinsausgaben des italienischen Zentralstaats (Nov 2017 + extrapoliert)

